

StAR Stamer trägt den Beschlussvorschlag des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, teilt mit, dass der Fachausschuss in der Frage einer möglichen Verlagerung der Aufgaben „Grundsicherung“ und „Asylbewerberleistungsgesetz“ leider kein einheitliches Bild geboten hat. Für die Beibehaltung der Aufgaben und damit für die Bürgerfreundlichkeit hätten vier Mitglieder, für die Aufgabenabgabe an den Landkreis und damit Kostenersparnis drei Mitglieder gestimmt, ein Mitglied habe sich der Stimme enthalten. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei damit abgelehnt worden. Sie bittet darum, dies heute ebenfalls zu tun.

Als Bürgermeister und Chef seiner Mitarbeiter/-innen bedankt sich **BM Böhling** bei allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Verwaltung und den Einrichtungen der Stadt Schortens für die gute Arbeit. Dieses gelte insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem speziellen Bereich tätig sind. Es handele sich hierbei um eine anspruchsvolle Aufgabe. Jedoch habe er vom Rat der Stadt Schortens im vergangenen Jahr den Beschluss erhalten, die Personalkosten in den nächsten Jahren zu reduzieren. Daher habe er dem Fachausschuss und letztlich dem Rat vorgeschlagen, diese Aufgaben an den Landkreis Friesland abzugeben und damit ca. 50.000 Euro im Jahr einzusparen. Er betont, dass durch die Abgabe dieser Aufgaben kein Mitarbeiter bzw. keine Mitarbeiterin das Rathaus verlassen müsse, weil Umsetzungen innerhalb des Rathauses erfolgen werden. Er bittet seine Mitarbeiter/-innen um Verständnis und die Mitglieder des Rates um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

RM Ottens stellt heraus, dass der Rat mit großer Mehrheit beschlossen hat, die Personalkosten zu senken. Jedoch spreche man sich bei der heute vorgeschlagenen Möglichkeit zur Einsparung bereits wieder für die Bürgerfreundlichkeit aus. Man werde in dieser Kommune keinen Cent sparen, wenn man die von der Verwaltung vorgelegten Vorschläge ablehne. Andere Kommunen hätten diese Aufgaben ebenfalls an den Landkreis übertragen, ohne dass man von negativen Folgen gehört hätte.

Er gibt zu bedenken, dass auch zukünftig Anträge im Rathaus eingereicht werden können und die Bürgerfreundlichkeit erhalten bliebe. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung, der im Fachausschuss abgelehnt wurde, zustimmen.

RM Kindo spricht sich gegen den Vorschlag der Verwaltung aus. Für sie definiere sich eine Stadt über die Bereithaltung von Dienstleistungen für ihre Bürger/-innen. Sie halte es für falsch, auf Kosten der immobilsten Menschen - wie u. a. Rentnern, die Grundsicherung beziehen und die weder gesund seien, noch über Mittel verfügten, weit zu reisen - zu sparen.

RM Borkenstein bestätigt, dass die Verwaltung aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation beauftragt wurde, Vorschläge zur Einsparung von Personalkosten vorzulegen. Zum vorliegenden Vorschlag gibt er jedoch zu bedenken, dass dieser die Ärmsten der Armen - nämlich die Sozialhilfeempfänger und die Asylbewerber - betrifft und damit die Gruppe in der Bevölkerung, von der die geringste Gegenwehr zu erwarten sei. Die SPD-FDP-Gruppe wünsche sich andere Vorschläge, über die man Abwägungen treffen könne. Er betont, dass die Zahl der Fälle gemäß Statistik des

Landkreises in den vergangenen fünf Jahren um 30 % gestiegen ist mit großem Trend nach ob.

Aus Sicht seiner Gruppe solle zunächst die Vorlage des Gesamtkonzeptes durch die Verwaltung abgewartet und keine Einzelentscheidungen getroffen werden.

Hinsichtlich der weiterhin bestehenden Möglichkeit der Abgabe von Anträgen im Rathaus gibt er zu bedenken, dass die vorhandene gute Kompetenz der Mitarbeiter/-innen verloren gehen wird, da entsprechende Weiterbildungen nicht mehr stattfinden werden.

Die SPD/FDP-Gruppe werde sich heute - wie bereits in der Sitzung des Fachausschusses - gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung aussprechen.

RM Just teilt mit, dass die BfB/UWG-Gruppe bereits im letzten Jahr die Einsparung dieser Stelle beantragt hatte. Zwar sei es richtig, dass die Zahl der Fälle in den vergangenen Jahren gestiegen ist, jedoch sei auch die Stelle auf 1,65 Stellenanteile aufgestockt worden. Da auch zukünftig ein Anteil von 0,65 erhalten bliebe, bestehe für immobile Bürger/-innen weiterhin die Möglichkeit ihre Anträge im Rathaus abzugeben. Für die Bürger/-innen würde kein längerer Weg entstehen. Er gibt zu bedenken, dass die Bürger/-innen aus Accum, Sillenstede und Roffhausen auch bisher einen langen Weg zurücklegen mussten. Da sich für die Bürger/-innen keine negativen Änderungen in der Leistung ergeben, hält die Gruppe eine Abgabe der Aufgaben an den Landkreis für zumutbar. Unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltssituation und zukünftige erforderliche Investitionen - u. a. in das Freizeitbad Aqua-Toll und die Sanierung von Sportplätzen - sollte sich die Stadt diese Möglichkeit zur Einsparung von Kosten nicht entgehen lassen.

RM von Heynitz erklärt, dass die Mitglieder der Gruppe „Bündnis 90/Die Grünen-Die Linke-Anne Krüger“ nicht einheitlich als Gruppe abstimmen werden. Aufgrund der Beibehaltung der Antragsabgabe hält er eine Abgabe der Aufgaben an den Landkreis für zumutbar.

RM Schwitters lehnt den Vorschlag der Verwaltung ab. Die Wahrnehmung der Aufgaben im sozialen Bereich und vor allem für die wirklich Schwächsten der Gesellschaft sei immer ein Indiz für bürgerfreundliches und verantwortungsvolles Handeln der Stadt gewesen. Jetzt eine Rückübertragung an den Landkreis zu beschließen, würde einen Verlust an Bürgernähe bedeuten. Sie schließt sich den Ausführungen des RM Borkenstein zur Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur Einsparung von Personalkosten an.

BM Böhling beantragt, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, diese Aufgaben zum 01.01.2014 an den Landkreis Friesland abzugeben, zu folgen.